

Deutscher Bundestag
19. Wahlperiode
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschussdrucksache 19(9)544
5. März 2020



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Wirtschaft
und Energie

per Mail: wirtschaftsausschuss@bundestag.de

Universitäts-Professor
Dr. Joachim Wieland

4. März 2020

**Schriftliche Stellungnahme
zur Vorbereitung der Anhörung des
Ausschusses für Wirtschaft und Energie
des Deutschen Bundestages
am 9. März 2020**

zum

**Entwurf eines Gesetzes zur amtlichen geologischen Landesaufnahme
sowie zur Übermittlung, Sicherung, öffentlichen Bereitstellung und
Zurverfügungstellung geologischer Daten
(Geologiedatengesetz – GeolDG)**

BT-Drucksache 19/17285

Die Regelungen im Regierungsentwurf des Geologiedatengesetzes sind verfassungskonform. Sie sind insbesondere mit den Grundrechten vereinbar. Der Gesetzentwurf geht zu Recht davon aus, dass die dauerhafte Verfügbarkeit geologischer Daten von zentraler Bedeutung für zahlreiche geologische Aufgaben von Bund und Ländern sowie für privatwirtschaftliche Interessen am geologischen Untergrund wie die Gewinnung von Rohstoffen und Energie im öffentlichen Interesse liegen. Dieses Interesse rechtfertigt die Einschränkung

von Grundrechten, die durch die Übermittlung, Sicherung und öffentliche Bereitstellung biologischer Daten sowie durch die Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben betroffen sind. Das überwiegende öffentliche Interesse an der Bereitstellung aller für das Standortauswahlverfahren relevanten geologischen Daten (auch der Fach- und Bewertungsdaten) als Regelfall entsprechend der Forderung des Nationalen Begleitgremiums entspricht den Vorgaben der Verfassung, zumal eine umfassende Transparenz Voraussetzung der Nachvollziehbarkeit des Auswahlverfahrens und damit des Vertrauens der Bevölkerung ist. Die öffentliche Bereitstellung aller für die Standortauswahl entscheidungserheblichen Nachweis-, Fach- und Bewertungsdaten greift nicht unzumutbar in die Rechte von Bergbauunternehmen ein, die auf einer staatlichen Gewährung beruhen, über deren Bedingungen der Gesetzgeber entscheidet. Der Gesetzgeber und nicht eine Verwaltungsbehörde ist gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG zur Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums auch in Bezug auf die Befugnis zur Verfügung über geologische Daten Privater berufen.

Der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates hält zu Unrecht die im Gesetzentwurf vorgesehenen Veröffentlichungsregeln nichtstaatlicher geologischer Daten für zu weitgehend und mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG für unvereinbar.

Vgl. BR-Drs. 13/1/20, S. 2.

Mit der Normierung der Veröffentlichungsregeln bestimmt der Gesetzgeber Inhalt und Schranken des Eigentums an den Daten im Sinne von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG. Eine solche Inhalts- und Schrankenbestimmung muss verhältnismäßig sein. Dem Gesetzgeber kommt bezüglich der Bestimmung des von ihm mit der Inhalts- und Schrankenbestimmung verfolgten Zwecks politische Gestaltungsfreiheit zu.

BVerfGE 76, 220 (239); st. Rspr.

Die Sicherung der dauerhaften Verfügbarkeit geologischer Daten ist vom Gesetzgeber im Rahmen seiner politischen Gestaltungsfreiheit als von zentraler Bedeutung für die Erfüllung zahlreicher Staatsaufgaben qualifiziert worden. Da mit Hilfe der Regelungen im Gesetzentwurf der vom Gesetzgeber gewünschte Erfolg erreicht werden kann, ist die Inhaltsbestimmung des Eigentums geeignet. Sie ist auch erforderlich, weil ein anderes, gleich wirksames Mittel wie die vorgesehenen Veröffentlichungsregelungen, das die Eigentumsgarantie weniger oder sogar überhaupt nicht einschränkte, nicht ersichtlich ist.

Zu diesem Erfordernis BVerfGE 70, 278 (286); st. Rspr.

Bergbauunternehmen ist die vorgesehene gesetzliche Inhaltsbestimmung des Eigentums an den geologischen Daten auch zumutbar. Die Gesetzesbegründung weist zutreffend darauf hin, dass sich gemäß § 3 Bundesberggesetz (BBergG) das Eigentum an einem Grundstück nicht auf bergfreie Bodenschätze erstreckt. Wer bergfreie Bodenschätze aufsuchen will, bedarf der Erlaubnis, Bewilligung oder der Verleihung von Bergwerkseigentum (§ 6 BBergG). Die Ausgliederung der bergeigenen Bodenschätze aus dem Grundeigentum entspricht dem Zweck des Bundesberggesetzes, zur Sicherung der Rohstoffversorgung das Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten von Bodenschätzen im Interesse der Allgemeinheit zu ordnen und nicht dem Belieben der Grundeigentümer zu überlassen (§ 1 Nr. 1 BBergG). Mit dieser Bestimmung von Inhalt und Schranken des Grundeigentums zielt der Gesetzgeber auf eine „haushalterische“ Bewirtschaftung natürlicher Güter. Die Bodenschätze sollen einer geordneten Bewirtschaftung unterworfen werden. Das entspricht dem Interesse der Allgemeinheit und der Sozialbindung des Eigentums.

Näher dazu Wieland, Art. 14 Rn. 53, in: Dreier (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, Band III, 3. Aufl. 2013.

Die Gesetzesbegründung verweist mit Recht darauf, dass der Zweck der Rohstoffsicherung die Einschränkung des Grundrechts aus Art. 14 GG rechtfertigt: „Dieser Zwecksetzung widerspricht es, wenn der Bergbauunternehmer dauerhaft über die im Laufe der Erkundung oder Gewinnung erhobenen geologischen Daten verfügen kann, ohne jedoch die weitere Rohstoffsicherung zu beabsichtigen. Ein dauerhafter Schutz kommerziell erhobener geologischer Fachdaten verkehrt den Zweck des Bundesberggesetzes vielmehr ins Gegenteil, weil mögliche Interessenten keinen Zugriff auf die Daten erhalten und die etwaige weitere Rohstoffgewinnung von an sich unentbehrlichen erneuten Erkundungen oder aber dem entgeltlichen Erwerb der Erkundungsdaten abhinge.“ Ein dauerhaft gewährleisteter Schutz geologischer Daten entspricht weder dem vom Bundesberggesetz angestrebten Ziel der Rohstoffsicherung noch der nachhaltigen Nutzung des Untergrunds.

BT-Drs. 19/17285, S. 32.

Im Gesetzentwurf wird zu Recht darauf verwiesen, dass eine Bergbauberechtigung nur das Vertrauen in die Investitionen zum Zweck der Rohstoffsicherung, nicht aber in die Möglichkeit des Handels mit geologischen Daten schützt. In Übereinstimmung mit der Eigentumsgarantie des

Art. 14 GG hat der Gesetzgeber mit der Schaffung des Instruments der bergfreien Bodenschätze das Eigentum an diesen volkswirtschaftlich bedeutsamen Bodenschätzen im Interesse der Rohstoffsicherheit vom Grundeigentum getrennt. Der Rohstoffsicherheit würde es aber widersprechen, wenn ein Bergbauunternehmer, der aus eigenem wirtschaftlichem Interesse die Aneignungsbefugnis an den volkswirtschaftlich bedeutsamen Bodenschätzen erhält, aus der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG eine dauerhafte Rechtsposition an den Daten über das Gebiet im Untergrund verliehen bekäme.

So zutreffend BT-Drs. 19/17285, S. 33.

Von entscheidender verfassungsrechtlicher Bedeutung ist insoweit, dass der Abbau bergfreier Bodenschätze nicht auf einem gleichsam vorverfassungsrechtlichen Recht des Bergbauunternehmers beruht, sondern vom Staat im Interesse der Allgemeinheit gewährt wird. Wie weit diese Gewährung reicht, entscheidet der Gesetzgeber. Wenn die Gewährung im Interesse der Allgemeinheit nur eingeschränkt eingeräumt wird und etwa mit einer gesetzlichen Pflicht zur Veröffentlichung von geologischen Daten verbunden wird, liegt darin kein Eingriff in die Eigentumsgewährleistung, sondern eine gesetzliche Neubestimmung der Reichweite des Eigentums im Sinne von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG. Gerade angesichts der Bedeutung der Transparenz des Standortauswahlverfahrens für die Akzeptanz in der Bevölkerung darf der Gesetzgeber der Veröffentlichung aller verfügbaren geologischen Daten hohe Bedeutung zumessen. In diesem Zusammenhang fließt in die Abwägung ein, dass ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle in Erfüllung der Schutzpflicht des Staates aus Art. 2 Abs. 2 GG für die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung von herausragender Bedeutung ist.



(Wieland)